

Baruther Anzeiger

Älteste Heimatzeitung für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland (gegr. 1865)



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis monatlich 0,90 RM, zuzügl. 0,18 RM Bestellgeld.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrages. — Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechsgelapene Millimeterzeile (46 mm) 4 Reichspennig, die dreizehnpennige Millimeterzeile im Textfeld (93 mm) 10 Reichspennig. Bei Wiederholungen wird Nachlaß gewährt nach unserer Preisliste.
Fernsprecher Nr. 217. — Postfachkonto: Baruth Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unbedeutlich gedruckene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 52 Mittwoch/Donnerstag, den 29./30. April 1936 71. Jahrgang

Tagung der Reichsarbeitskammer.

In Gegenwart des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley fand im Berliner Rathaus die dritte Tagung der Reichsarbeitskammer statt, auf deren Tagung allein das Thema „Erhöhung des Lebensstandards“ stand.

Nach den Ausführungen des Leiters des Amtes Soziale Selbstverantwortung, Dr. Huppauer, kann die Frage des gerechten Lohnes nur gelöst werden im Sinne und aus dem Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung heraus. Die gesamte Leistung des deutschen Menschen muß zur Erhaltung der Lebenskraft und des Lebensraumes des Volkes dienen.

Dem einzelnen Menschen muß als Lohn ein Anteil werden an dem Gesamtleben des Volkes, an allen Mühen und Segnungen.

Eine Erhöhung des Lebensstandards liegt darin, den Wachstumswillen des Volkes dadurch anzuregen, daß man ihm artgemäße Wege weist. Beispiele dafür sind die Schaffung der Reichsautobahnen, die immer neue Pulschläge der Arbeit nach sich ziehen, die Schule des Reichsarbeitsdienstes, die die seelischen und körperlichen Kräfte der jungen Menschen wachsen läßt, Erhaltung der Arbeitskraft durch Urlaub, Erholung und Feiernabendgestaltung, wirtschaftliche Lenkung des Verbrauchs, Bedienung und Erweiterung aller Verbrauchsklassen.

Zu der gleichen Frage sprachen dann je ein Vertreter der Betriebsführer und ein Vertreter der Arbeiter. Dr. Wollfe, Betriebsführer der Bayerischen Glashüttenwerke AG, Pilsener, konnte vor vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Betriebsführung und Gefolgschaft berichten. Für einen Nationalsozialisten, erklärte er, sei es das größte Glück, Menschen im Betriebe betreuen zu dürfen. Parteigenosse König, Betriebsleiter des Eisens- und Stahlwerks Koch, Köln-Neufeld, AG, Dortmund, führte aus seinen Erfahrungen und seinem Wirken in diesem großen Werk viele Beispiele an. Er bekräftigte den Übergang vom Wochen- und Tagelohn des Arbeiters zur monatlichen Entlohnung.

Zum Schluß drückte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley seine Freude über die zahlreichen Anregungen dieser Tagung aus.

Der deutsche Arbeiter wisse echte Betriebsführer von unechten sehr gut zu unterscheiden.
In der nationalsozialistischen Gemeinschaft werde von jedem eine Höchstleistung verlangt. Aber jeder könne sich

in dieser Gemeinschaft nach seinen Fähigkeiten entfalten. Man müsse den Menschen in seinem Beruf stark machen durch gute Berufsausbildung, müsse ihn gesund erhalten, einen vernünftigen Leistungslohn aufbauen, den Menschen in seiner Freizeit kräftigen für neue Arbeit, ihn an den Kulturwerten teilnehmen lassen und ihn für Notzeiten sicherstellen. Dr. Ley teilte u. a. mit, daß für ein großzügiges Siedlungswerk die Pläne bereits fertig seien, und daß sie in wenigen Jahren in Angriff genommen würden.

Besuche des italienischen Landwirtschaftsministers.

Im Schahant der Deutschen Arbeitsfront und beim Reichsbeziehungsminister.

Der italienische Landwirtschaftsminister Rossini, der zu einem vierzehntägigen Aufenthalt in Deutschland weilte, besuchte in Begleitung des italienischen Generalkonsuls Scarpa das Gebäude des Schahantes der Deutschen Arbeitsfront in Berlin.

Im Sitzungssaal des Schahantes richtete Dr. Ley herzliche Begrüßungsworte an Minister Rossini und wies darauf hin, daß es ihm bekannt sei, welchen außerordentlichen Anteil Rossini an der Gewinnung der italienischen Arbeiterkraft gehabt habe.

Beiden Regierungsformen — dem Faschismus und dem Nationalsozialismus — sei es gelungen, das Volk durch Vernunft zu gewinnen.

Er hoffe, daß der Minister während seines Aufenthalts in Deutschland recht oft Gelegenheit finden werde, mit den schaffenden deutschen Menschen in Verbindung zu kommen. Dr. Ley schloß seine Ausführungen mit einem Sieg Heil auf Seine Majestät den König von Italien und den Duce.

Minister Rossini wies nach herzlichen Dankesworten auf die gleichlaufenden Bestrebungen Italiens und Deutschlands hin und hob besonders hervor, daß beide Länder im Kampf gegen den Bolschewismus seien.

Er schloß seine Ausführungen mit einem Gruß an den Führer des neuen Deutschland.

Der italienische Landwirtschaftsminister Rossini stattete ferner Reichsbeziehungsminister Ruff einen Besuch ab.

Bemerkungen am Rande.

Die Kammerwahlen in Frankreich, die in den Stichwahlen am 3. Mai entschieden werden, sind für Moskau ein Bräutigam für die Volksgewinnung Frankreichs. Die kommunistische Partei Frankreichs ist bestrebt, die von ihr ins Leben gerufene „Volkfront“ zu einer solchen Basis auszubauen, um von ihr aus die Durchdringung Frankreichs mit der bolschewistischen Zerstörung vorwärtszutreiben. Die Dritte Internationale scheint keine Kosten scheuen zu scheuen, die Gelder von Moskau, um alles aus den Wahlen herauszubolen, was zu erreichen ist. Sie haben ein um so größeres Interesse an einem für sie günstigen Wahlausgang und einer linken Regierungsmehrheit, damit der in aller Eile zustande gebrachte Militärakt nicht etwa in Gefahr kommt. Deshalb läßt sich Moskau eine sowjetfreundliche Kammermehrheit etwas kosten. Die Wahl wird der Ausrüstung für die nächste Etappe der kommunistischen Aktion sein. Schon heute verfügt die kommunistische Partei Frankreichs über ein Netz von über 40 Neben- und Unterverbänden, die in alle Klassen, Schichten und Berufe eingedrungen sind. Dieses Netz wird sich nach den Wahlen verdichten, und Moskau wird die „Volkfront“ nun mit allen Kräften vor seinen Wagen spannen, um die Propaganda der Komintern: „Frankreich wird die nächste Etappe der Weltrevolution sein“ zu verwirklichen. — Es sei denn, daß den staats-erhaltenden Kräften in Frankreich beizugehen ein Licht aufgeht.

Hinter den Kulissen der österreichischen Politik tut sich was. Es haben sich seltsame Vorgänge ereignet. In einer Wiener Versammlung der Heimwehren, die hinter verschlossenen Türen stattfand, ist viel Geschrei darum gemacht worden, ob die Heimwehren sich eine Abrüstung oder gar ihre Abschaffung gefallen lassen sollten. Nun hat zwar Herr Starck Starckberg erklärt, daß nur über seine Leiche die Abrüstung der Heimwehr vor sich gehen könne. Das ist sicher ein etwas sehr kräftiges Wort, dessen Einschlag sich Herr Starckberg überlegen wird, aber aus allem geht doch hervor, daß die Spannung zwischen Heimwehren und der Regierung schuldhaftig aufs höchste gestiegen ist. Sehr aufschreckend ist es, wenn von der englischen Presse, die sich lebhaft mit den Vorgängen in Wien befaßt, der „Daily Herald“ z. B. schreibt, die Rede Starckbergs enthalte den Kampf um die Macht, der zwischen den beiden Seiten der österreichischen Regierung im Gange sei. Starckberg sei entschlossen, seine eigene Stellung aufrechtzuerhalten und zu stärken. Viele Heimwehrführer, so erklärt das Blatt, seien beschuldigt, in den Finanzstand der Pöbnitz-Versicherung verwickelt zu sein. Die Liste der Leute, die Beschuldigungen erhalten haben, sei noch nicht veröffentlicht worden. Schuldhaftig habe jedoch mehrere Male mit der Veröffentlichung gedroht. Mit einer Umwidmung der österreichischen Regierung sei in wenigen Tagen zu rechnen. Jede der beiden Parteien sei entschlossen, bei dieser Gelegenheit die andere in den Hintergrund zu stoßen. — Kampf um die Macht! Wer wird in diesem Kampf in Österreich der Sieger bleiben? — Bundeskanzler Schuschnigg oder Herr Starckberg?

Gegen eine Neuregelung der Kolonialfrage hat im englischen Unterhaus die konservative Opposition wieder einmal eine heftige Attacke geritten. Es wurde von dem Ministerpräsidenten Baldwin in eine Erklärung gefordert, daß die englische Regierung nie und unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu einer Übertragung der Mandatsgebiete an Deutschland geben würde. Die geforderte Erklärung wurde nicht abgegeben. Jondern der Ministerpräsident begnügte sich mit ausweichenden Antworten. Die Haltung Baldwin beweist einmal die Schwermütigkeit, mit denen die Regierung bei der Behandlung dieser heißen Frage zu kämpfen hat, und zum anderen kann man die Weigerung, die Abgeordnetenfrage auszusagen zu beantworten dahin deuten, daß die englische Regierungskreise einer Revision der Kolonialfrage nicht grundsätzlich abgeneigt sind. Aus freien Stücken allerdings wird sich England kaum zu einer Neuordnung der Kolonialfrage verstehen. Aber vielleicht ist es in Kürze unvermeidlich, das Mandatsproblem einer Revision zu unterziehen, will man das Interesse des Friedens wahren. Wie der Ministerpräsident weiter erklärte, hat die englische Regierung nicht die Absicht, von sich aus die Frage anzugucken. Demgegenüber ist es interessant, daß draußen, in den britischen Dominions, das Kolonialproblem ganz anders gesehen wird. Nach Meldungen aus Kapstadt würde die Südafrikanische Union keinerlei Einwendungen gegen die Rückgabe der afrikanischen Mandatsgebiete machen. Dabei wird weiter ausdrücklich betont, daß man auch bereit sei, das eigene Mandatsgebiet Deutsch-Südwest zurückzugeben. Als Bedingung wird nur genannt, daß die Reichsregierung sich verpflichte, die Eingeborenen nicht zu bewaffnen. Es bleibt abzuwarten, welchen Eindruck diese Haltung Kapstadts in London macht.

Gesundes Volk auf deutschem Grund.

Die Früchte nationalsozialistischer Aufbauarbeit auf gesundheitslichem Gebiet.

In diesen Tagen erscheint eine Zusammenstellung über „Das Gesundheitswesen des Preussischen Staates im Jahre 1934“. Hunderte von Mitarbeitern haben in diesem Jahresgesundheitsbericht ein genaues und zuverlässiges Bild über den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung geschaffen. Unter Verwendung der von den Gesundheitsämtern in sehr eingehenden Fragebogen gesammelten Unterlagen ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die Vererbung der politischen Lage und die durch den erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verbesserten wirtschaftlichen Verhältnisse eine erfreuliche Minderwirkung auch auf gesundheitslichem Gebiete zur Folge gehabt haben.

Der allgemeine Gesundheits- und Ernährungszustand der Bevölkerung hat sich deutlich gebessert.

Abgesehen von einer vielfach örtlich beschränkten Zunahme gewisser übertragbarer Krankheiten (Diphtherie, Scharlach) und einiger auf der verhältnismäßig starken Befestigung der vorgehenden Altersstufen beruhender Wiedererkrankungen war die gesundheitliche Lage durchaus befriedigend. Dem gebesserten Gesundheitszustand entspricht ein

Rückgang der Sterblichkeit

um 0,2 auf 1000 dem Vorjahr gegenüber. Besonders stark ist die Säuglingssterblichkeit zurückgegangen. Sie dürfte sich auf höchstens 7,0 auf 100 Lebendgeborene stellen (1933 = 7,6). Einen sehr erfreulichen Anstieg zeigt die Geburtenziffer. Sie beträgt auf je 1000 der mittleren Bevölkerung 19,0 (gegenüber 15,3 im Vorjahr) und hat damit beinahe den anderen westlichen Kulturländer merklich überschritten. Die Geburtenzahl im gesamten Reichsgebiet betrug im Jahre 1932 = 1 023 104, 1933 = 999 598, 1934 = 1 228 951, demnach ein gewaltiger Erfolg nationalsozialistischer Gesundheits- und Massenpolitik.

Überdies kann, und darauf muß besonders hingewiesen werden, der im Berichtsjahre beobachtete übermäßige Geburtenanstieg zunächst nicht in gleichem Maße andauern; er wird vielmehr im Jahre 1935.

wie für die ersten Vierteljahre bereits feststeht, eine Abschwächung erfahren, da die in den Krisenjahre bewußt unterdrückten Geburten nunmehr zum größten Teile nachgeholt sind.

Da außerdem der Zeitpunkt näherückt, in dem die schwach besetzten Kriegsgeburtenjahrgänge in das heiratfähige Alter aufrücken, muß für die kommenden Jahre mit einer erneuten Nachwuchsbevölkerung der Geburtenziffer gerechnet werden, wenn nicht durch weitere Erziehung des Volkes zum Lebenswillen ein noch stärkerer Aufschwung der Fruchtbarkeitsrate erreicht wird. Der gleiche Entwicklungsgang wird sich zwangsläufig für die Eheschließungen ergeben.

So zeigt der Bericht für 1934 sehr beachtliche Fortschritte auf gesundheitslichem und auf bevölkerungspolitlichem Gebiete, und er läßt insbesondere erkennen, daß weiteste Kreise des Volkes den bevölkerungspolitischen Bestrebungen des Staates vollstes Verständnis entgegengebracht haben.

„Die lebende Front.“

Westkriegsausstellung der NSDAP im Reichstag.

In der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes eröffnete Reichstagspräsident Brüning die Ausstellung „Die lebende Front“. Zu dem feierlichen Akt waren auch die zur Zeit in Berlin weilenden finnischen Frontkämpfer erschienen.

Reichstagspräsident Brüning führte unter anderem aus, die Schau solle in Erinnerung bringen, welche Schreden der Frontsoldat des Weltkrieges 4 1/2 Jahre lang zu bestehen hatte. Deshalb bringe die Schau, die im Laufe der Zeit in ganz Deutschland gezeigt werden solle, einen Zeitabschnitt der Front im lebenden Modell. Hier könne sich jeder ein Bild davon machen, was ein Tag im Schlagenarten, ein Tag Trommelfeuer bedeutet habe. Dann werde er auch bereit sein, dem deutschen Manne, der an der Front zu Schaden gekommen ist, und der deutschen Frau, die das höchste Opfer, ihren Ernährer, für das Vaterland hingegeben hat, still und ehrfurchtvol den Dank im Herzen zu zollen, den sie ehrlich verdient haben.